Thüringer Verordnung zu Lehrinhalten, Anforderungen und Verfahren der Feststellungsprüfung am Studienkolleg nach § 92 Abs. 2 des Thüringer Hochschulgesetzes (ThürFSPVO)

Vom 3. Januar 1996

(Veröffentlicht im GVBl. Nr. 2/96 S. 5)


§ 1 Allgemeines

Ausländische Studienbewerber, die nach den Bewertungsvorschriften der Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland nicht unmittelbar zum Hochschulstudium im Geltungsbereich des Hochschulrahmenesgesetzes zugelassen werden, können in einer Prüfung (Feststellungsprüfung) nachweisen, daß sie die sprachlichen und fachlichen Voraussetzungen für ein erfolgreiches Studium in dem von ihnen angestrebten Studiengang erfüllen und damit für die Aufnahme eines entsprechenden Studiums an einer wissenschaftlichen Hochschule oder Fachhochschule im Geltungsbereich des Hochschulrahmenesgesetzes geeignet sind.

§ 2 Schwerpunktkurse am Studienkolleg


Abschluß eines Studienhalbjahres


(3) Die Entscheidung über ein erfolgreich oder nicht erfolgreich abgeschlossenes Studienhalbjahr ist in einer Niederschrift festzuhalten. Hat ein Kollegiat das Studienhalbjahr nicht erfolgreich abgeschlossen, sind ihm das Ergebnis und alle für die Entscheidung maßgebenden Gründe schriftlich mitzuteilen.


§ 4 Zulassung zur Feststellungsprüfung

(1) Zur Feststellungsprüfung werden zugelassen:

1. Kollegiaten, die das erste und zweite Studienhalbjahr am Studienkolleg erfolgreich abgeschlossen haben oder

2. Kollegiaten, die ohne Teilnahme am ersten Studienhalbjahr aufgrund einer Prüfung nach § 3 Abs. 4 das zweite Studienhalbjahr besucht und erfolgreich abgeschlossen haben,

3. darüber hinaus nach Genehmigung des Vorsitzenden des Prüfungsausschusses a) Examen nach § 13 oder b) Kollegiaten, die das erste Studienhalbjahr so erfolgreich abgeschlossen haben, daß eine erfolgreiche Teilnahme zu erwarten ist.

(2) Ein Antrag auf vorzeitige Teilnahme an der Feststellungsprüfung in einem oder mehreren Fächern besteht nicht. Die Entscheidung über die Zulassung zur Feststellungsprüfung ist in der Niederschrift festzuhalten. Für den Fall der Nichtzulassung sind die Kollegiaten für die Entscheidung maßgebenden Gründe schriftlich mitzuteilen.

(3) Ist einem Kollegiat die Teilnahme an der Feststellungsprüfung aus von ihm nicht zu vertretenden Gründen nicht möglich, so muß dies dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses unverzüglich mitgeteilt und nachgewiesen werden. Eine krankheitsbedingte Prüfungseinbehinderung ist unverzüglich durch ein ärztliches Zeugnis nachzuweisen. Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses kann die Vorlage eines ärztlichen Zeugnisses verlangen.

(4) Kann ein Kollegiat infolge eines von ihm nicht zu vertretenden Grundes an der Feststellungsprüfung oder einzelnen Prüfungsstellen nicht teilnehmen, legt der Vorsitzende des Prüfungsausschusses einen neuen Prüfungstermin fest.

(5) Versäumt ein Kollegiat ohne tragfähigen Grund einen Prüfungstermin der Feststellungsprüfung, so wird für diesen die Note „ungerügt“ erteilt.

(6) Hat sich ein Kollegiat der Feststellungsprüfung oder einzelnen Prüfungsstellen unterzogen, so können nachträglich geltend gemachte gesundheitliche Gründe, denen zufolge die Prüfungsleistung nicht gewährt werden soll, in der Regel nicht anerkannt werden.

(7) Hat ein Kollegiat in einzelnen Fächern die Feststellungsprüfung nach Satz 1 Nr. 3 Buchst. b bestanden, ist er im zweiten Studienhalbjahr von diesen Fächern befreit.

§ 5 Allgemeine Bestimmungen der Feststellungsprüfung

(1) Die Feststellungsprüfung besteht aus einem schriftlichen und einem mündlichen Teil. Vor Beginn der Feststellungsprüfung werden die Prüflinge auf die Bestimmungen des § 14 hingewiesen.

(2) Die Feststellungsprüfung wird vor einem Prüfungsausschuß abgeleitet. Vorsitzender des Prüfungsausschusses ist der Leiter des


§ 6 Schriftlicher Teil der Feststellungsprüfung


(2) Fächer der schriftlichen Prüfung sind:
   1. In den Kursen T und TI
      a) Deutsch
      b) Mathematik
      c) Physik oder Chemie nach Wahl des Prüflings;
   2. Im Kurs M
      a) Deutsch
      b) Biologie oder Chemie nach Wahl des Prüflings
      c) Physik oder Mathematik nach Wahl des Prüflings;
   3. In den Kursen W und WW
      a) Deutsch
      b) Mathematik
      c) Betriebswirtschaftslehre und Volkswirtschaftslehre;
   4. Im Kurs SG
      a) Deutsch
      b) Geschichte und
      c) Deutsche Literatur oder Sozialkunde nach Wahl des Prüflings in G-Kurs.

   1. Beginn und Ende der Prüfung,
   2. die Namen der Aufsichtführenden mit Angabe der Zeiten, in denen sie die Aufsicht geführt haben,
   3. die Zeiten, zu denen die einzelnen Prüflinge die Arbeiten abgegeben haben,
   4. die Namen der Prüflinge, die den Prüfungsausschuß verlassen haben mit Angabe der Zeiten.
   5. ein Merkvermerk über besondere Vorkommnisse; Fehlanzeige ist erforderlich.
   5. die Stichordnung der Prüfungen.

Das Protokoll ist von den Aufsichtführenden zu unterzeichnen.

(4) Der Prüfungsausschuß entscheidet, welche Hilfsmittel in der schriftlichen Prüfung verwendet werden dürfen. Die Benutzung eines zweisprachigen Wörterbuchs ist nicht stattfindend.


§ 7 Korrektur

(1) Die Prüfungsarbeiten werden von je zwei Fachlehrern des Prüfungsausschusses bewertet (Eins- und Zweitkorrektur).

(2) Bei unterschiedlicher Benotung einer Prüfungsarbeit durch die beiden Korrektoren legt der Vorsitzende des Prüfungsausschusses die Note der Prüfungsarbeit fest. Zuvor kann er gutachterlich einen weiteren Fachlehrer holen.

§ 8 Mündlicher Teil der Feststellungsprüfung


(2) Über den Verlauf der mündlichen Prüfung wird ein Protokoll angefertigt. Es enthält mindestens:
   1. die Namen des Prüflings und des Prüfungsfachs,
   2. Beginn und Ende der Prüfung,
   3. die Namen der Mitglieder des Fachprüfungsausschusses,
   4. die Namen der Mitglieder des Prüfungsausschusses,
   5. die Themen der Prüfung,
   6. die Kurzdarstellung der Prüfungsverlauf,
   7. das Ergebnis der mündlichen Prüfung.

Das Protokoll ist von den Mitgliedern des Fachprüfungsausschusses zu unterzeichnen.

(3) Eine mündliche Prüfung ist dann in einem Fach durchzuführen, wenn die Note für das zweite Studienhalbjahr „mangelhaft“ ist und die Regelung nach § 3 Abs. 2 Satz 3 d) oder die Note der schriftlichen Prüfung in einem Fach „mangelhaft“ oder „ungeringen“ ist oder wenn das Ergebnis der schriftlichen Prüfung um mindestens zwei Noten von den Vorleistungen abweicht.

(4) Ein Kollegiat kann von der mündlichen Prüfung in nicht schriftlich geprüften Fächern von Amts wegen befreit werden, wenn die Note für das zweite Studienhalbjahr „ausreichend“ ist.

(5) In Fächern, in denen eine Befreiung von der mündlichen Prüfung ausgeschlossen worden ist, kann sich ein Prüfling jeweils einen Unterrichtstag nach Bekanntgabe des Notenstandes nach § 9 Abs. 2 Satz 4 schriftlich beim Prüfungsausschuß zu mündlichen Prüfungen melden. Die Meldung kann nicht zurückgenommen werden.

(6) Ein Prüfling hat bereits nach der schriftlichen Prüfung die Feststellungsprüfung nicht bestanden und wird zur mündlichen Prüfung nicht mehr zugelassen, wenn er in zwei schriftlichen Prüfungsarbeiten schlechtere Noten als „ausreichend“ erzielt hat.

(7) Inhaber des „Deutschen Sprachdiploms der Kultusministerkonferenz - Zweite Stufe“, des „Kleinen und Großen Sprachdiploms des Goethe-Instituts“, des „Zwischenstückes der Prüfung zum Nachweis deutscher Sprachkenntnisse (PDS)“ und der „Zentralen Oberstufenerprobung (ZOP)“ des Goethe-Instituts werden auf schriftlichen Antrag von der schriftlichen und mündlichen Prüfung im Fach Deutsch befreit, sofern sie nicht den Kurs nach Anlage I Nr. 4 bis 6 abgeschlossen haben.

§ 9 Leistungsbewertung und Ergebnis der Feststellungsprüfung

(1) Für die Ergebnisabgabe der Feststellungsprüfung werden die Prüfungsergebnisse und die Leistungen in den Studienhalbjahren nach den Abstufen 2 bis 4 berücksichtigt. Dabei werden die Leistungen wie folgt mit Noten bewertet:
sein gut (1) die Leistung entspricht den Anforderungen in besonderem Maße;
gut (2) befriedigend (3) die Leistung entspricht den Anforderungen voll;
ausreichend (4) die Leistung weist zwar Mängel auf, entspricht aber im ganzen noch den Anforderungen;
angenähert (5) die Leistung entspricht den Anforderungen nicht, läßt jedoch erkennen, daß die notwendigen Grundkenntnisse vorhanden sind und die Mängel in absehbar Zeit behoben werden können;
ungenügend (6) die Leistung entspricht den Anforderungen nicht, und solche Grundkenntnisse sind zudem bekannt, daß die Mängel in absehbarer Zeit nicht behoben werden können.

(2) Die im einzelnen Unterrichtsfach im Verlauf eines Studienhalbjahres erbrachten Leistungen werden durch den Fachlehrer zusammenfassend in einer Note ausgedrückt. Die Note ergibt sich als arithmetisches Mittel von den einzelnen Noten aller Klausuren und einer Gesamtnote für die anderen Leistungsnachweise, in denen die Ergebnisse von mündlichen Leistungen, Kurzkontrollen, Bewerungen von Hausaufgaben und Praktika einzubeziehen sind. Sie wird als ganze Zahl abgerundet; ab n,5 ist aufgerundet. Spätestens vier Unterrichtstage vor Beginn der schriftlichen Prüfungen werden den Teilnehmern an der Feststellungsprüfung die Noten des Studienhalbjahres mitgeteilt.

(3) Nach Abschluß der mündlichen Prüfung ermittelt der Fachprüfungsausschuß die Prüfungssnote des Faches. Wurde eine schriftliche Prüfung durchgeführt, so ist der für die erreichte Note die Prüfungsnote. Hat eine mündliche und eine schriftliche Prüfung stattgefunden, so wird aus den jeweiligen Noten das arithmetische Mittel gebildet und auf eine ganze Zahl gerundet. Bei n,5 gibt die Note der schriftlichen Prüfung den Ausschlag.

(4) Der Prüfungsausschuß setzt die Gesamtnote des Faches fest, indem er in den Fächern, die Gegenstand der Feststellungsprüfung waren, die Gesamtnote aus der Prüfungsnote und der Note für das zweite oder im Falle des § 4 Abs. 1 Nr. 3 Buchst. b für das erste Studienhalbjahr, bei Externen nach § 13 Abs. 1 aus der Note für die schriftliche und mündliche Prüfung, als arithmetisches Mittel bildet und auf eine ganze Zahl rundet. Lautet das Mittel auf n,5, so gibt die Prüfungsnote den Ausschlag, bei Externen die Note der schriftlichen Prüfung. In Fächern, die nicht Gegenstand der Feststellungsprüfung waren, gilt die Note für das zweite Studienhalbjahr als Gesamtnote.


§ 10 Nachprüfung


§ 11 Wiederholung der Feststellungsprüfung

(1) Eine nicht bestandene Feststellungsprüfung kann frühestens nach einem halben Jahr und nur im ganzen wiederholt werden.


(3) Eine bestandene Feststellungsprüfung kann nicht wiederholt werden.

(4) Ein Kollegiat, der zweimal eine Feststellungsprüfung nicht bestanden hat, wird zu keiner weiteren Feststellungsprüfung zugelassen.

§ 12 Ergänzungsprüfung

(1) Will ein Kollegiat mit bereits bestandener Feststellungsprüfung das Studium in einem Studiengang aufnehmen, auf dem sich seine Studienberechtigung nicht erstreckt, so kann er mit der Zustimmung der betreffenden Hochschule und des Vorsitzenden des Prüfungsausschusses eine Ergänzungsprüfung nach Absatz 2 ablegen. Das Ergebnis der Prüfung gilt als bestanden, wenn die Noten der Prüfung in mindestens zwei Fächern, die nicht Gegenstand der Feststellungsprüfung waren, die gleicherweise wie die des Prüfungsausschusses sind.

(2) Die Ergänzungsprüfung erstreckt sich auf alle Fächer des jeweiligen Kurses, den der Kollegiat im Hinblick auf den neu gewählten Studiengang hätte besuchen müssen. Ausgenommen sind diejenigen Fächer, die Gegenstand der bestandenen Feststellungsprüfung und der vorausgegangenen Ausbildung am Studienkolleg waren, es sei denn, daß in Fächern des Kurses, der auf den neu gewählten Studiengang vorbereitet, abweichende Anforderungen gestellt werden.

(3) Soweit nichts anderes bestimmt ist, gelten die Bestimmungen über die Feststellungsprüfung entsprechend.

(4) Die Ergänzungsprüfung ist nur dann bestanden, wenn in allen geprüften Fächern mindestens die Note „ausreichend“ erreicht wurde. Eine nicht bestandene Ergänzungsprüfung kann einmal wiederholt werden; § 11 gilt entsprechend.

§ 13 Feststellungsprüfung für Externe

(1) Ein ausländischer Studienbewerber, der das Studienkolleg nicht besucht hat, kann nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen als Externer an der Feststellungsprüfung teilnehmen.

(2) Die Zulassung zur Feststellungsprüfung als Externer setzt voraus, daß der Bewerber:
1. im Besitz eines Bildungsnachweises ist, der in Verbindung mit einer erfolgreich abgelegten Feststellungsprüfung als Qualifikation für das angestrebte Studium an einer Thüringer Hochschule anerkannt ist,
2. sich an einer Thüringer Hochschule für einen Studienplatz bewerben hat und von dieser Hochschule dem Studienkolleg zur Ablehnung der Feststellungsprüfung für einen bestimmten Kurs zugewiesen worden ist.

(3) Soweit nichts anderes bestimmt ist, gelten die Bestimmungen über die Feststellungsprüfung entsprechend.

(4) Vor der Feststellungsprüfung wird dem Externer Gelegenheit gegeben, sich am Studienkolleg über die Prüfungsaufgaben und über die zweckmäßige Art der Vorbereitung zu informieren.

(5) Der mündlichen Prüfung hat sich der Externe in allen Prüfungs-
§ 14
Täuschungsmanipulationen
(1) Versucht ein Kollegial das Ergebnis der Feststellungsprüfung oder einer anderen Prüfung durch Täuschung zu beeinflussen, wird der betreffende Prüfungsteil mit der Note „ungenügend“ bewertet.

(2) Stellen sich Täuschungsmanipulationen innerhalb eines Jahres nach Aushändigung des Prüfungszeugnisses heraus, so wird die betreffende Prüfungsleistung nachträglich mit der Note „ungenügend“ bewertet. Die Feststellungsprüfung ist als nicht bestanden zu erklären und das ausgehändigte Prüfungszeugnis einzuziehen.

§ 15
Zeugnis der Feststellungsprüfung
(1) Über die bestandene Feststellungsprüfung und die bestandene Ergänzungsprüfung wird ein Zeugnis ausgestellt. In dem Zeugnis ist eine Gesamtnote anzugeben. Sie ergibt sich für die Feststellungsprüfung aus dem auf Zehntel gerundeten arithmetischen Mittel der im Zeugnis ausgewiesenen Gesamtnoten der Fächer. Die Gesamtnote der Ergänzungsprüfung ergibt sich aus dem auf Zehntel gerundeten arithmetischen Mittel der Gesamtnoten der Fächer, die Gegenstand der Ergänzungsprüfung waren und derjenigen Fächer der bereits bestandenen Feststellungsprüfung, die dem Kurs der Ergänzungsprüfung angehören.

(2) Ein Prüfling, der die Feststellungsprüfung nicht bestanden hat, erhält hierüber eine schriftliche Mitteilung.

§ 16
Personenbezeichnung
Status- und Funktionenbezeichnungen in dieser Verordnung gelten jeweils in männlicher und weiblicher Form.

§ 17
Inkrafttreten
Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.


Der Minister für Wissenschaft, Forschung und Kultur

Dr. Schuchardt